

20. Jahrestag der freien Wahl zur Volkskammer der DDR
Feierstunde des Deutschen Bundestages am 18. März 2010

**20th Anniversary of the Free Elections to the
People's Chamber of the GDR**

Ceremony at the German Bundestag on 18 March 2010





Inhalt
Contents

- 6 Rede des Präsidenten des
Deutschen Bundestages,
Prof. Dr. Norbert Lammert
- 16 Rede von Dr. h. c. Lothar de Maizière,
ehemaliger Ministerpräsident der DDR 1990

- 28 Speech by Professor Norbert Lammert,
President of the German Bundestag
- 36 Speech by Dr h.c. Lothar de Maizière,
Prime Minister of the GDR in 1990



20. Jahrestag der freien Wahl zur Volkskammer der DDR
Feierstunde des Deutschen Bundestages am 18. März 2010

Frau Bundeskanzlerin!
Herr Bundesratspräsident!
Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts!
– Ihnen, lieber Herr Professor Voßkuhle,
gratuliere ich im Namen des ganzen Hauses
herzlich zur Übernahme Ihres hohen Amtes in
dieser Woche

Beifall

und wünsche Ihnen für Ihre Amtszeit eine
glückliche Hand, ein sicheres Urteil und
Gottes Segen.
Mein besonderer Gruß gilt allen Mitgliedern der
10. Volkskammer und, an ihrer Spitze, der da-
maligen Präsidentin, Frau Dr. Bergmann-Pohl.

Beifall

Rede des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert

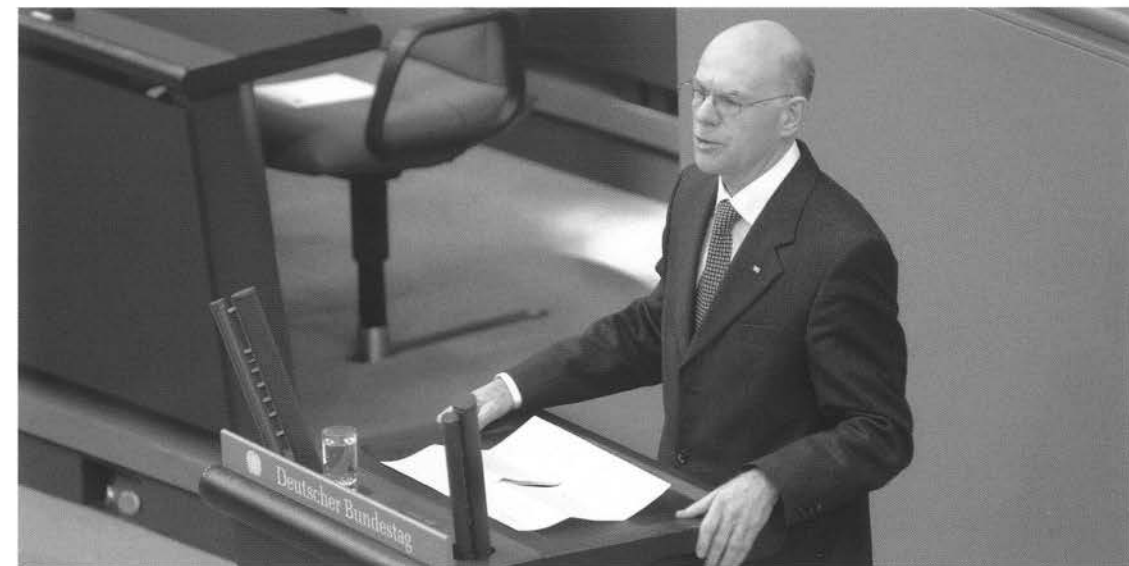
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Exzellenzen!
Verehrte Gäste!

„Wer Wahlergebnisse vorfertigt oder verfälscht
oder vorgefertigte oder verfälschte in Umlauf
bringt, wird mit einer Ausreisequote nicht unter
50.000, mit einer Botschaftsbesetzung nicht un-
ter drei Monaten und einer Protestdemonstra-
tion ... nicht unter 10.000 Teilnehmern
bestraft.“

Meine Damen und Herren, dieser Protestaufruf
zu einer Demonstration gegen die gefälschten
Kommunalwahlen in der DDR vom Mai 1989
ließe sich im Rückblick noch ergänzen: Wer
einem Volk sein elementares Recht auf freie
Wahlen vorenthält, den jagt am Ende das Volk
davon.
Die SED-Diktatur wurde zwar nicht allein mit
Demonstrationen und Flugblättern entworfen,
aber gewiss auch und nicht zuletzt mit
bissiger Ironie.

Die Hintergründe dafür waren jedoch alles
andere als witzig. Die mehr oder weniger
subtilen Mechanismen des Überwachungs-
und Unterdrückungsstaates ließen 40 Jahre
keine freien Wahlen und geheimen Abstim-
mungen zu. Einheitslisten degradierten die
Bürger in Wahlen ohne Auswahl zum bloßen
„Zettelfalten“. Der Wahlausgang war das
Ergebnis dreister Fälschungen.

Statt der propagierten Identität von Herr-
schern und Beherrschten legten im Mai 1989
nach den erneut manipulierten Kommunal-
wahlergebnissen einzelne Bürger vor aller
Augen den Bruch zwischen Partei und Volk
offen. Sie machten Wahlbehinderung, Wahl-
beeinflussung und Wahlfälschung öffentlich.
Diese heute zu Unrecht weitgehend Vergesse-
nen nahmen Drangsalierungen in Kauf; sie
riskierten, abgehört, beobachtet und unter
Druck gesetzt zu werden.



Der Protest gegen die letzten gefälschten DDR-Wahlen schlug einen Funken, der im Herbst des gleichen Jahres Massenproteste entzündete. Nun waren es nicht mehr wenige, auch nicht die angedrohten 10.000 Teilnehmer, sondern am Ende Hunderttausende, die sich gegen die Missachtung elementarer Bürger- und Menschenrechte in der DDR zur Wehr setzten. Sie forderten: „Freie Wahlen – wahre Zahlen!“ Das mutige Engagement einer Minderheit ermöglichte am Ende der Mehrheit, ihre eigene Stimme zu finden und am 18. März 1990, heute vor genau 20 Jahren, in wirklich freien, allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen an die Urnen zu tragen.

Die autoritäre Führung dieser zweifellos deutschen, aber sicher nicht demokratischen Republik baute auf Bevormundung und Unterdrückung, auf häufig erzwungene Teilnahme; sie gewährte aber keine echte Teilhabe, schon gar keinen ernsthaften politischen Einfluss. Das galt auch für ein Parlament, das selten zusammentrat, und, wenn doch, die Abgeordneten zu bloßen Statisten unter Regie der Einheitspartei machte.

Die DDR-Zeitschrift *Staat und Recht* urteilte 1978 über die Volkskammer, dieses – Zitat – „oberste staatliche Machtorgan der DDR“ sei nicht mit den Maßstäben des bürgerlichen Parlamentarismus messbar und bewertbar. Das ist sicher wahr, aber in Bezug auf selbstbeanspruchte demokratische Grundsätze eben doch. Das „große Sprech- und Horchinstrument“, das Bertolt Brecht 1954 vorgeschwebt hatte, ist die Volkskammer bis zu den Wahlen am 18. März 1990 sicher nie gewesen.

Meine Damen und Herren, was ein politisches System als Demokratie qualifiziert, ist die Existenz und gefestigte Rolle eines frei gewählten Parlamentes im Verfassungsgefüge wie in der politischen Realität. Regiert wird immer und überall auf der Welt, mal mit und auch heute noch allzu oft ohne demokratische Legitimation. Ein frei gewähltes, demokratisches Parlament macht den Unterschied. Es ist das Forum der Nation zur öffentlichen Auseinandersetzung, Beratung und Entscheidung aller wichtigen Angelegenheiten.

„Wir sind das Volk“: Das bedeutete 1989, sich von der Entmündigung zu befreien und die Dinge selbst in die Hand nehmen zu wollen. Allein die beachtliche Wahlbeteiligung bei den Volkskammerwahlen vor 20 Jahren – mehr als 93 Prozent – war ein bemerkenswerter Beleg für das neu gewonnene demokratische Selbstbewusstsein der Bürger in der DDR.

„Der 18. März war kein Geschenk, keine himmlische Fügung, sondern ein hart errungenes Ergebnis der Friedlichen Revolution“. So hat Wolfgang Thierse in diesen Tagen die damaligen Ereignisse beschrieben und hinzugefügt: „Er war das großartige Werk jener mutigen, mutig gewordenen Menschen, die im Herbst 1989 ihre Sprache wiederfanden, sich in den Bürgerrechtsbewegungen sammelten und in jenen Tagen ihre Freiheit ... selbst erkämpft haben!“ Ihren Beitrag zur deutschen Demokratie- und Parlamentarismusgeschichte wollen wir heute würdigen. Der Deutsche Bundestag hat dafür seine Haushaltsberatungen unterbrochen. Ich hätte mir gewünscht, dass auch unsere öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten

Heiterkeit und Beifall

den Rang dieses Ereignisses dadurch gewürdigt hätten, dass sie nicht nur im Spartenkanal Phoenix ihre alltäglichen Vormittagsprogramme hierfür für eine ganze Stunde einem breiten Publikum geöffnet hätten.

Beifall

Das ZDF hat sich nach mehrfacher Rückfrage unsererseits am Ende gegen die Übertragung entschieden. In der Drehscheibe Deutschland sind nach eigener Programmauskunft jetzt zeitgleich Berichte über die Angst vor Genkartoffeln, über geprellte Bauherren und über einen Melkwettbewerb in Niedersachsen zu sehen.

Heiterkeit

So viel zu einem Thema, das wir bei anderer Gelegenheit ganz offenkundig vertiefen müssen.

Beifall



Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* kommentierte den 18. März 1990, die Welt sei an diesem Tag zum zweiten Mal Zeuge eines Aktes deutscher Selbstbefreiung geworden. Der erste habe auf der Straße gespielt, der zweite in der Wahlkabine. Mit den Wahlen schloss sich die DDR der Verfassungstradition westlicher Demokratien an.

Sie, verehrter Lothar de Maizière, haben als frei gewählter Ministerpräsident der DDR in Ihrer Regierungserklärung am 19. April 1990 vor den Abgeordneten der Volkskammer gesagt – ich zitiere –:

„Das Volk ist sich seiner selbst bewußt geworden. Zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten haben sich die Menschen in der DDR als Volk konstituiert“.

Die Dimension, die die Wahl heute vor 20 Jahren für jeden Einzelnen, jede Einzelne hatte, haben Sie später oft in einer historischen Rechnung eindrücklich aufgemacht:

Man musste damals weit über 70 Jahre alt sein, um bereits einmal im Leben in diesem Teil Deutschlands frei gewählt zu haben – 1932, bei den letzten Reichstagswahlen, die diese Bezeichnung verdienen. Sie selbst waren damals gerade 50 Jahre alt geworden. Das ist ein besonders schöner Anlass, Ihnen heute, 20 Jahre später, im Deutschen Bundestag zu Ihrem 70. Geburtstag zu gratulieren, den Sie vor wenigen Tagen begangen haben,

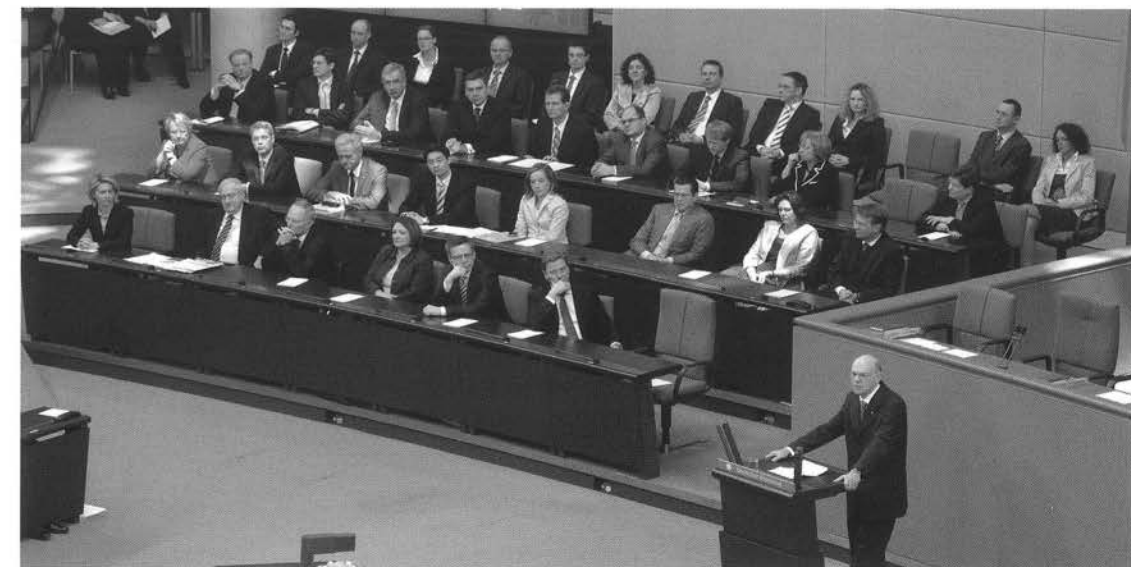
Beifall

und zugleich zu dem Beitrag, den Sie persönlich zur Vollendung der demokratischen Revolution in der DDR geleistet haben.

Meine Damen und Herren, der Wahlausgang damals erfüllte nicht die Hoffnungen aller; er überraschte viele und entsprach damit mindestens den Erwartungen an eine wirklich freie und geheime Wahl. Vertreter der Bürgerrechtsbewegung, die mit ihrem Widerstand die freien Wahlen ermöglicht hatten, fanden sich in der parlamentarischen Opposition wieder. Das war für viele eine schmerzhaft Erfahrung.

Ihre Bedeutung war in dieser Rolle indes kaum weniger groß als zuvor. Denn die demokratische Reife eines politischen Systems zeigt sich vor allem am Vorhandensein einer Opposition und an ihren politischen Wirkungsmöglichkeiten. Sie erst machen ein Parlament zur Vertretung des ganzen Volkes.

Die freien Wahlen beendeten in der DDR das Schattendasein des jahrzehntelang dem eigenen Anspruch Hohn sprechenden Parlaments. Erst jetzt wurde es zu einer echten Kammer des Volkes und zur politischen Herzkammer der in der friedlichen Revolution neu gewonnenen Demokratie. Der Zentrale Runde Tisch, dem das Verdienst gebührt, die DDR friedlich in ein freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen überführt zu haben, stützte sich zwar auf eine politische, jedenfalls moralische Legitimierung durch einen Großteil der Bevölkerung.



Doch erst die aus freien Wahlen hervorgegangene Volksvertretung schuf die Voraussetzung für eine demokratisch legitimierte Regierung, deren Handlungsfähigkeit dabei das Ergebnis großen Verantwortungsbewusstseins unter den damaligen politischen Akteuren war. So überraschend der Wahlausgang gewesen ist, so eindeutig und unmissverständlich war hingegen dessen politische Botschaft: Er bedeutete das Mandat zur deutschen Einheit. Reinhard Höppner hat diese Bedeutung des Wahlausgangs in einem heute erschienenen Interview als – ich zitiere – „Plebizit über die deutsche Einheit“ bezeichnet. Der 18. März 1990 wies den Abgeordneten der 10. Volkskammer damit über Nacht eine der Hauptrollen auf der Bühne der Weltpolitik zu. Von insgesamt 409 Abgeordneten – einschließlich der Nachrücker – gehörten nur ganze drei Prozent bereits der 9. Volkskammer an. Die allermeisten traten über Nacht in eine Aufgabe, von der sie selber nur begrenzte Vorstellungen haben konnten. Sie gingen teilweise hohe berufliche Risiken ein und brachten über Monate erhebliche private Opfer.

Viele von ihnen, darunter viele heute vergessene, stille Helden der Revolution, haben die politische Bühne längst wieder verlassen. Deshalb begrüße ich heute besonders herzlich alle damaligen Mitglieder der Volkskammer im Deutschen Bundestag, der ohne ihr politisches Wirken heute weder in Berlin tagen noch das ganze deutsche Volk vertreten könnte.

Beifall

Die 10. Volkskammer ist sicher nicht nur eines der fleißigsten, sondern auch eines der wirkungsmächtigsten Parlamente in der deutschen Demokratie- und Parlamentarismusgeschichte gewesen. Ich freue mich, dass ab heute von der Website des Deutschen Bundestages aus auf eine Onlinedatenbank zugegriffen werden kann, in der die verfügbaren biografischen Kurzinformationen zu allen Abgeordneten der 10. Volkskammer zusammengetragen sind. Dafür danke ich dem Leiter des Zentrums für Historische Sozialforschung an der Universität zu Köln, Herrn Professor Dr. Schröder, der dies im Auftrag des Bundestages kurzfristig realisiert hat.

Meine Damen und Herren, die freie Volkskammer hat damals viele Kommentierungen, gelegentlich gönnerhafte Attribute bekommen. Heute ist für manche damalige Mitglieder sicher auch ein Anlass zur selbstkritischen Rückschau. Den Abgeordneten wurde ein immenses Arbeitsprogramm abverlangt. Während die Volkskammer in den 80er-Jahren im Schnitt nicht einmal zu drei Sitzungen im Jahr zusammentrat, wurden zwischen April und September 1990 in 38 Tagungen 164 Gesetze und 93 Beschlüsse beraten und verabschiedet. Dass die Abgeordneten dabei um Dialog und Konsens bemüht waren, erschien westlichen Beobachtern oft als ungewöhnlich. Manches, was damals naiv erschien – auch Abstimmungen quer durch die Fraktionen –, lässt sich durchaus auch als vorbildlich begreifen.

Beifall

Auch das ist ein Punkt, den wir bei anderer Gelegenheit vertiefen können und müssen.

Heiterkeit

Nicht vorbildlich waren sicher damals die Arbeitsbedingungen, die etwa die Vorbereitungen zu Koalitionsgesprächen nur auf Fluren zuließen, wie sich Richard Schröder immer wieder erinnert. Als damaliger Fraktionsvorsitzender der SPD bekam er erst im August ein Telefon in seine Wohnung. Bis dahin konnte er zwar mit einem ausgeliehenen Funktelefon mühelos bis Honolulu, aber nicht von Ostberlin nach Leipzig telefonieren.

Die Abgeordneten standen vor der Doppelaufgabe, ein arbeits- und funktionsfähiges Parlament zu schaffen und zugleich unter enormem Zeitdruck gesetzgebende Entscheidungen von bislang ungekannter Tragweite zu treffen. Hinter der durchaus untypischen Arbeitsplatzbeschreibung der Abgeordneten, sich möglichst schnell „überflüssig“ zu machen, stand nicht weniger als die Aufgabe, eine jahrhundertalte deutsche Hoffnung und ein vier Jahrzehnte währendes Versprechen einzulösen: die Verbindung von Einigkeit und Recht und Freiheit.

Der 18. März 1990 steht als Datum in einer bemerkenswerten Traditionslinie der deutschen Geschichte. Ich denke an die Proklamation der „Mainzer Republik“ am 18. März 1793 unter dem Eindruck und Einfluss der französischen Revolution und an den Aufbruch zur Freiheit in den Berliner Barrikadenkämpfen 1848, wiederum am 18. März. Der Unterschied zu früheren Daten: Mit dem 18. März 1990 gingen die Deutschen den Weg zur deutschen Einheit in Frieden und Freiheit erfolgreich zu Ende. 1989/90 übte der Parlamentarismus geradezu magnetische Kraft auf die Bürgerrechtsbewegungen des Ostblocks aus. Auch die Deutschen erlebten vor 20 Jahren Sternstunden des Parlamentarismus – zu einer Zeit, als im Westen Parlamentarismuskritik zum vermeintlich guten Ton zu werden schien.

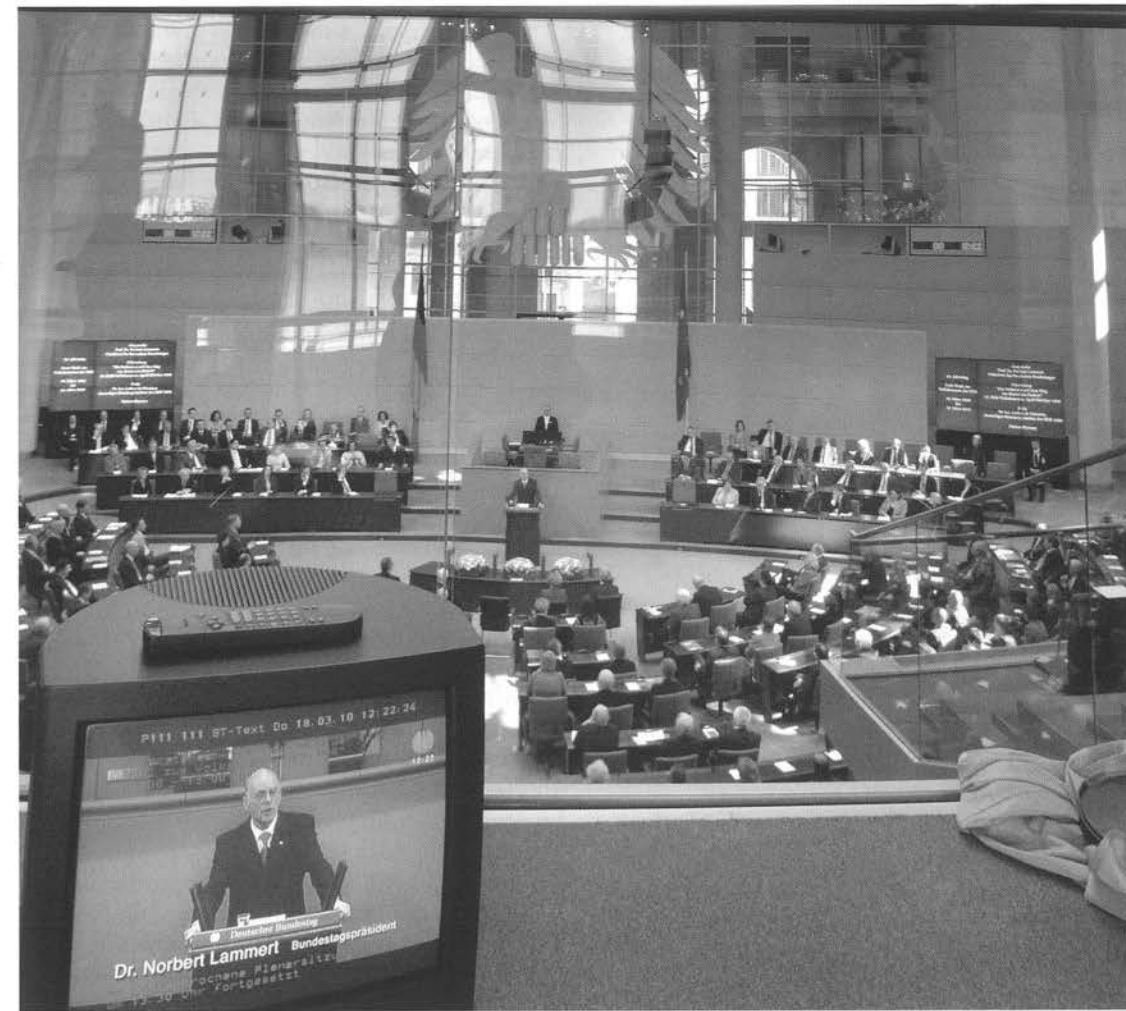
Ich freue mich auch deshalb ganz besonders, dass von heute an das Internetangebot des Deutschen Bundestages allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern erstmals sämtliche Plenarverhandlungen der 10. Volkskammer in Ton, Bild und als Druckdokumente verfügbar macht: über 200 Stunden Fernsehaufzeichnungen der Plenarsitzungen und über 6.000 Seiten mit Protokollen und Drucksachen der Volkskammer. Ermöglicht hat dies eine schnelle und glückliche Kooperation mit dem Bundesarchiv und dem Deutschen Rundfunkarchiv, für die ich allen daran Beteiligten herzlich danke.

Beifall

Der Deutsche Bundestag stellt damit der politischen Bildungsarbeit, den Schulen, der Wissenschaft und den Medien einmalige Quellen aus einer der interessantesten Phasen deutscher Parlamentsgeschichte zur Verfügung. Mit der Präsentation im Internet kann sich nun jeder diese spannenden Tage zwischen April und Oktober 1990 noch einmal lebhaft in Erinnerung rufen, und ich hoffe, dass davon reger Gebrauch gemacht werden wird.

Aus knapp 200 Stunden aufgezeichneter und nun im Internet vollständig abrufbarer Debatten hat das Referat Parlamentsfernsehen der Bundestagsverwaltung für unsere heutige Veranstaltung einen Zusammenschnitt von acht Minuten gefertigt, den wir jetzt sehen werden. Ich danke Ihnen, verehrter Herr de Maizière, dass Sie uns anschließend aus der Perspektive eines damals Handelnden Einblicke in diese aufregende Zeit und Einsichten in ihre Bedeutung vermitteln und vielleicht auch in die persönliche Bilanz eines der herausragenden Akteure, der sich – zusammen mit vielen bekannten und noch mehr unbekannteren Mitstreitern – um die deutsche Einheit bleibende Verdienste erworben hat. Ihnen allen, wo immer sie heute leben und wirken, gelten unser Dank und unser Respekt.

Beifall



Sehr geehrter Herr Präsident
des Bundestages!
Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin!
Sehr geehrte Herren Präsidenten des Bundes-
rates und des Bundesverfassungsgerichts!
Exzellenzen! Meine Damen und Herren Abge-
ordnete des Deutschen Bundestages!
Sehr geehrte Frau Präsidentin Bergmann-Pohl!
Meine lieben Freunde und Mitstreiter aus der
ersten frei gewählten Volkskammer!
Verehrte Gäste!

Wir von der Volkskammer feiern heute Ge-
burtstag, und ich freue mich, dass wir dies
feiern, und ich freue mich fast noch mehr
darüber, wo wir dies feiern. Dass obendrein
so viele Gäste gekommen sind, um zu gratulie-
ren, das finde ich schon erstaunlich.

Beifall

Ich betrachte es als eine große Ehre und auch
als Herausforderung, aus gegebenem Anlass
hier zu sprechen. Niemanden wird es daher
überraschen, dass ich an diesem Tag als An-
walt ein Plädoyer halte. 20 Jahre sind gewöhn-
lich ein hinreichender Zeitraum, nach dessen
Verlauf Dinge klarer werden und das Wesent-
liche hervortritt. Darum will ich ein Plädoyer
für die Freiheit halten.

Rede von Dr. h. c. Lothar de Maizière

Die Freiheit war es, die ohne Zweifel im Zen-
trum der Ereignisse jener beiden Jahre stand,
deren Jubiläen wir zum Teil bereits gefeiert
haben und noch begehen werden.

Vor dem Hintergrund der Veränderungen, die
sich in der Sowjetunion vollzogen und die eng
mit dem Namen Michail Sergejewitsch Gor-
batschow verbunden sind, wurde schon die
Vorbereitung zur Kommunalwahl vom 7. Mai
1989 zum Anlass, um von den Herrschen-
den in der DDR zu verlangen, formal verbürg-
te Rechte nun endlich auch zu gewähren. In
wahlvorbereitenden Versammlungen wurde
dies schon gefordert. Mehr noch: Die
offenkundigen Fälschungen der Wahlergeb-
nisse wurden zu einer Ursache von nun an
nicht mehr verstummender Opposition, deren
Hauptforderung war: freie Wahlen in der DDR.
Es sollte nicht einmal mehr ein Jahr dauern,
bis die Forderung erfüllt war.
Bis dahin fanden aber viele dieser Aktivitäten
einen Schutzraum unter dem Dach der Kirchen,
besonders aber der evangelischen Kirche.
Diese wiederum bemühte sich aus eigener
Überzeugung, aber eben auch mangels einer
Alternative, der sich bedrohlich verschlech-
ternden Stimmung im Land eine vernehmbare
und konstruktive Stimme zu geben. Die Kirche
war der einzige Ort, an dem es Meinungsviel-
falt und Dialog gab, und sie war der Ort, an
dem im Rahmen der Synoden eine wirkliche
parlamentarische Kultur bereits geübt und
gepflegt wurde.

So war es denn auch die V. Synode des Bun-
des der Evangelischen Kirchen in der DDR,
die am 19. September 1989 in Eisenach mit
einem Beschluss in großer Klarheit die ent-
standene Lage im Land charakterisierte und
unmissverständliche Forderungen aufstellte.
Es hieß damals unter anderem: Wir brauchen
ein allgemeines Problembewusstsein dafür,
dass Reformen in unserem Land dringend not-
wendig sind. Wir brauchen die offene und
öffentliche Auseinandersetzung mit unseren
gesellschaftlichen Problemen. Wir brauchen
jeden für die verantwortliche Mitarbeit in der
Gesellschaft. Wir brauchen Wahrhaftigkeit als
Voraussetzung für eine Atmosphäre des Ver-
trauens. Wir brauchen verantwortliche plura-
listische Medienpolitik. Wir brauchen eine
demokratische Parteienvielfalt. Wir brauchen
Reisefreiheit für alle Bürger. Wir brauchen
wirtschaftliche Reformen. Wir brauchen einen
verantwortlichen Umgang mit gesellschaftli-
chem und persönlichem Eigentum. Wir brau-
chen Möglichkeiten freier Demonstrationen.



Und: Wir brauchen ein Wahlverfahren, das die Auswahl zwischen Programmen und Personen sowie Parteien ermöglicht.

Natürlich sind das aus unserer heutigen Sicht fast reine Selbstverständlichkeiten, von denen wir aber damals, am 19. September 1989, scheinbar unendlich weit entfernt gewesen sind.

Spätestens die Reaktion des Parteiorgans *Neues Deutschland*, in der von „großdeutschen Ladenhütern auf der Kirchenversammlung“ die Rede war, machte deutlich: Das System war wohl doch nicht zu reformieren; es war nur noch zu überwinden.

Und dann hielten uns Botschaftsbesetzungen, Grenzöffnungen und immer größer werdende Demonstrationen im eigenen Lande in Atem. Die wichtigste Forderung war auch hier wieder diejenige nach Freiheit – Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Reisefreiheit. Zusätzlich brachten die Demonstranten vermutlich unwillkürlich ein Gedicht von Ferdinand Freiligrath wieder in Erinnerung, das er im tragischen Jahr 1848 geschrieben hatte und in dessen letzter Strophe es heißt:

„Nur, was zerfällt, vertretet ihr!
Seid Kasten nur, trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
sind ewig drum, trotz alledem!“

Ein Volk wurde sich seiner selbst bewusst, und es hat sich selbst befreit. Mit dem Fall der Mauer stand fest, dass nichts wieder so sein würde, wie es war. Keinesfalls sicher war aber, dass die Dinge wirklich weiterhin einen guten Verlauf nehmen würden. Nichts ist in diesem Zusammenhang höher zu schätzen als die Friedfertigkeit und Gewaltlosigkeit der Menschen auf der Straße. Aber wir müssen auch immer wieder feststellen, dass eine weitere Ursache für den gewaltlosen Verlauf der Ereignisse dort zu suchen ist, wo die Waffen waren, und bei denen, die über ihren Einsatz zu entscheiden hatten. Auch dafür dürfen wir dankbar sein.

Beifall

Ich halte ein Plädoyer für die Freiheit; denn ich bin überzeugt, wie Christa Wolf es in der Präambel des Verfassungsentwurfs des runden Tisches formuliert hat, „dass die Möglichkeit zu selbstbestimmtem, verantwortlichem Handeln höchste Freiheit ist“. Dieser Weg aus der bloßen Befreiung zu wirklicher Freiheit in diesem Sinne führte uns über den runden Tisch direkt zu den Wahlen, deren Jubiläum wir heute begehen.

Wir lebten in Tagen, die geprägt waren durch diesen merkwürdigen Rausch der Begeisterung an der Veränderung und zum Glück auch durch eine tiefe Sehnsucht nach neuen, demokratisch legitimierten Formen.

Gerade darum verfiel die Autorität der Modrow-Regierung. Aber auch der runde Tisch konnte diese Sehnsucht nicht erfüllen. Ich sage das bewusst im Hinblick auf die immer wieder aufscheinende Verklärung dieses Gremiums. Der runde Tisch wurde mit überbordenden Hoffnungen bedacht. Joachim Gauck hat dies vor gut zehn Jahren, am 9. November 1999, in diesem Hause auf den Punkt gebracht, als er sagte: „Wir träumten das Paradies, und wach geworden sind wir in Nordrhein-Westfalen.“

Heiterkeit und Beifall

Ich entsinne mich aber, dass er sich sogleich einholte und sagte, dass er nichts gegen Nordrhein-Westfalen habe sagen wollen,

Heiterkeit

sondern dass er nur etwas über den Hoffnungshorizont der damaligen Zeit habe berichten wollen. Andere erhofften sich gar himmlische Gerechtigkeit und waren enttäuscht, nur den irdischen Rechtsstaat zu erhalten. Ich als nüchterner Jurist erhoffte mir nicht mehr, aber auch nicht weniger als eben diesen Rechtsstaat.

Der runde Tisch – ich sage das mit fester Überzeugung – hat seinen Auftrag, die Übergangszeit zu moderieren und freie Wahlen vorzubereiten, vollständig und vorbildlich erfüllt, mehr aber konnte er nicht leisten. Niemals hätte er ein frei und demokratisch gewähltes Parlament ersetzen können.

In dieser Situation war es darum folgerichtig, dass die ursprünglich für den 6. Mai angesetzten Volkskammerwahlen auf den 18. März vorgezogen wurden. Unser Teil Deutschlands brauchte nichts dringender als eine wirkliche Volksvertretung. Wir brauchten eine Form, in der – wie eben ausgeführt – selbstbestimmtes und verantwortliches Handeln zustande gebracht werden konnte. Machen wir es uns an dieser Stelle ruhig noch einmal klar: Wer in der DDR lebte und 1932 als 20-Jähriger an den Novemberwahlen zum Reichstag teilgenommen hatte, musste nun 77 Jahre alt geworden sein, um wieder frei zu wählen.

Meine Generation hatte noch niemals demokratisch gewählt. Das ist zweifellos einer der Gründe, warum diese Wahl die Menschen elektrisiert hat. Ich kenne niemanden, der in diesen Tagen nicht als Wahlkämpfer, als Kandidat, als Demonstrant oder in irgendeiner anderen Weise in das Geschehen eingegriffen oder es zumindest in höchster Spannung verfolgt hätte. Nur so konnte aus der Wahl ein Parlament hervorgehen, das einen wirklichen Querschnitt des Volkes repräsentierte.

Es gab in dieser Volkskammer Krankenschwestern und Ärzte, Lehrer und Professoren, Arbeiter und Ingenieure, Landwirte, viele Tierärzte, Handwerker und Gewerbetreibende. Der einzige Berufsstand, der ein wenig überrepräsentiert gewesen ist, war derjenige der evangelischen Pastoren.

Heiterkeit

Aber selbst das hatte letztendlich gute Gründe, auf die ich im Zusammenhang mit der Rolle der Kirchen in der Endphase der DDR hingewiesen habe. Nur so konnte mit 93,4 Prozent eine Wahlbeteiligung in die Geschichtsbücher geschrieben werden, mit der wir wohl noch lange einen einsamen Rekord halten werden. Nur so konnte sich am 5. April 1990 ein Parlament konstituieren, in dessen Mehrheitsverhältnissen auch schon ein unmissverständliches Plebiszit – ich wiederhole dieses Wort – zur deutschen Einheit ausgesprochen wurde. Das bedeutete zwangsläufig, dass dieses Parlament vom ersten Tag seines Bestehens daran arbeitete, sich selbst abzuschaffen – ein historisch wohl einmaliger Auftrag und Vorgang, nicht an Wiederwahl zu denken, sondern an Abschaffung. Das macht es leichter und schwerer.

Es war wesentlich, dass diese Volkskammer sofort allen unseren Nachbarn gegenüber deutlich gemacht hat: Die Veränderungen in der DDR und selbst die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands sind keinerlei Grund zur Sorge. Sie hat sich sofort und aus freiem Willen zur Gesamtheit der deutschen Geschichte bekannt, sie hat sich vor den Opfern verneigt, sie hat den polnischen Nachbarn sichere Grenzen garantiert und hat für die Mitwirkung der DDR an der Niederschlagung des Prager Frühlings um Vergebung gebeten – vier uns damals ganz wichtige Punkte.

Sie hat all dies getan, noch bevor sie eine neue Regierung wählte; denn die nun beginnende Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges sollte eine Zeit der Versöhnung, des Friedens und der Gemeinschaft werden. Dieses Bekenntnis steht einzigartig am Anfang der Arbeit unserer demokratischen Volkskammer. Alles andere schloss sich diesem Bekenntnis an und folgte gleichsam aus ihm. Zunächst wurde eine Regierung gewählt, die den größten möglichen Konsens aufrichtig suchte. Außerdem brauchten wir die große Koalition natürlich auch, um die zur Verfassungsänderung notwendige Mehrheit zu haben und sie nicht jedes Mal mühselig suchen zu müssen. Dann begann eine Mammutaufgabe, durch deren Bewältigung die Volkskammer in dem halben Jahr ihres Bestehens, wie ich meine, zu einem der fleißigsten Parlamente in der deutschen Parlamentsgeschichte geworden ist.

Neben den erwähnten Gesetzen wurden drei große Staatsverträge verabschiedet, die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, der Einigungsvertrag und der Zwei-plus-Vier-Vertrag. Also alles, was man heute so gern historisch nennt, hatten wir in jenen Wochen fast täglich zur Aufgabe.

Heiterkeit

Auf diesem Wege wurde der Föderalismus wiederhergestellt. Uralte Landschaften tauchten in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt wieder auf und werden, als wären sie in einen Jungbrunnen gefallen, seitdem weiterhin „die neuen Länder“ genannt. Die Sachsen nannten sich zur besseren Unterscheidung stolz sogleich Freistaat Sachsen, so als ob man sie nicht auch an ihrer Sprache erkennen könnte.

Heiterkeit und Beifall

Die kommunale Selbstverwaltung, eines der wichtigsten Ergebnisse der preußischen Reformen durch Stein und Hardenberg 1807/1808, wurde wieder eingeführt und mit der Kommunalwahl vom 6. Mai 1990 auch wieder lebendige Wirklichkeit. Die Gewaltenteilung und der Rechtsstaat wurden wieder instand gesetzt.

Schon durch diese Aufzählung wird deutlich, dass die Zeit der Neugestaltung in der DDR viel reicher ist, als es die geschichtsfremde Verkürzung auf die Einführung der D-Mark und die Friktionen, die naturgemäß in allen Bereichen des Lebens entstanden, glauben macht. Viel mehr als alles, was wir ohne Zweifel auch erhalten haben, hat uns Menschen in der DDR damals geprägt, was wir in jenen Tagen und Wochen selbst schufen. Wir müssen es uns und allen anderen immer wieder sagen: Die DDR ist nicht zuletzt darum zusammengebrochen, weil eine immer größer werdende Zahl von Menschen es vorgezogen hat, ihr gesamtes bisheriges Leben, ihren gesamten Besitz, ihre Freunde, ihre Arbeit, die vermeintliche soziale Sicherheit aufzugeben, um woanders in Freiheit ganz neu anzufangen. Auch darum halte ich dieses Plädoyer für die Freiheit und bin überzeugt, dass wir jedem einzelnen dieser Menschen bis heute dankbar sein müssen. Ich sage das durchaus in dem Bewusstsein, dass bei mir damals das Bedauern, ja die Trauer über das Ausmaß der Ausreisewellen überwog. Ich habe das immer als einen Verlust empfunden und selbst zu jenen gehört, die ganz absichtsvoll in der DDR geblieben sind, um sie zu verändern.

Deswegen war ich über das Honecker-Wort so empört, dass er denen, die da gingen, keine Träne hinterherweine. Man stelle sich vor: Ein Staatsmann, dem sein Staatsvolk davonläuft, wirft ihm dieses Wort hinterher. Aber es war der gemeinsame Freiheitswille der Menschen, eines ganzen Volkes, sowohl derjenigen, die gingen, als auch derjenigen, die blieben, der die Entwicklungen 1989 auslöste und in der Folge für ihren immer stürmischeren Verlauf sorgte. Der Weg zur Einheit in Freiheit war aber auch in jedem Augenblick beides, er war eine großartige Tat, aber genauso ein wunderbares Geschenk. Die Einheit war unsere eigene Leistung und doch etwas, das wir nicht ganz uns selbst zu verdanken haben. Wir haben die Geschwindigkeit der Entwicklung, die Eigendynamik nicht vorausgesehen, weder Helmut Kohl mit seinem Zehnpunkteplan am 28. November 1989 noch ich in meiner Regierungserklärung – ich habe damals gesagt: Ich hoffe, dass wir so gut wären, dass wir 1992 erstmalig wieder mit einer gemeinsamen Olympiamannschaft nach Barcelona fahren –, aber wir haben mit ihr Schritt gehalten, und wir haben in ihr bestanden. Es scheint dennoch manchmal so, als wäre das alles nur eine Episode gewesen.

Manchmal wurde die Volkskammer sogar ein wenig herablassend als Laienspieltruppe verspottet. Das wird ihr aber nur insofern gerecht, als im Laienspiel eine wirkliche und kreative Kunst und Fähigkeit zur Improvisation zu beobachten ist.

Beifall

Großartiges Laienspiel.

Ich will Ihnen dafür ein Beispiel erzählen: Am Morgen der Wahl des Ministerpräsidenten bin ich zur Präsidentin gegangen und habe gefragt, worauf sie, im Falle dass ich gewählt würde, denn die Absicht hätte mich zu vereidigen – doch wohl nicht auf die alte sozialistische Verfassung. Große Aufregung. Wir haben kurzentschlossen die Tagesordnung geändert und einen an die Verfassung des runden Tisches angelehnten Eid beschlossen, den ich dann nach glücklicher Wahl bedenkenlos sprechen und auch religiös beteuern konnte. Derartige Situationen gab es viele.

Manches wirkte dadurch bestimmt nicht professionell; aber es war authentisch, und es war ehrlich. Authentizität und Ehrlichkeit finden ihren Ausdruck immer darin, dass jeder einzelne Abgeordnete, allein seinem Gewissen verantwortlich, integer darauf achten muss, Vertreter des ganzen Volkes zu sein und das Wohl der Gemeinschaft jedem anderen eigenen Interesse vorzuziehen.

So konnte es häufig geschehen, dass auch weit über Fraktions- und Parteigrenzen hinaus Beschlüsse gefasst wurden; Sie haben darauf hingewiesen, Herr Präsident. Auch damals wussten wir bereits, dass die Größe der Aufgabe bedrückend war, und dennoch sind fast alle sie mit größtem Optimismus, sogar mit Freude angegangen. Wenn ich mir an diesem Tag etwas wünschen dürfte, dann würde ich mir diesen Optimismus und diese Freude für uns alle wünschen.

Beifall

Ich bin unverändert davon überzeugt, dass sich diese Haltung den Menschen auch vermittelt hat. Die bis in die Gegenwart hinein unerreichten und vielleicht auch kaum wieder zu erreichenden Einschaltquoten für die Fernsehübertragungen der Sitzungen sprechen jedenfalls dafür. Das Volk hat seinem Parlament vertraut und größte Erwartungen in sein Handeln gesetzt. So wurde diese Volkskammer auch noch ein später Triumph über die Demagogie der DDR, in der alles nach dem Volk benannt war, aber nichts mehr mit der Wirklichkeit des Volkes zu tun hatte. Diese Volkskammer war die Kammer des Volkes.

Nur sie konnte durch ihren Beitrittsbeschluss das ganze Deutschland herstellen; nur sie konnte diesen Beschluss fassen. Das Wirken dieser Volkskammer hat aber das ganze Deutschland nicht nur geschaffen, es hat die bisherige Bundesrepublik auch tief greifend verändert. Diese Veränderungen dauern unverändert an. Das ist eigentlich auch ganz konsequent, wenn man auf das Selbstverständnis der alten Bundesrepublik blickt, wie es sich beispielsweise in der Präambel des Grundgesetzes ausgedrückt hat. Das gesamte deutsche Volk blieb demnach aufgefordert, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Bis dahin aber wurde durch das Grundgesetz – Zitat – „auch für jene gehandelt, denen mitzuwirken versagt war“.

Mit der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 wurde genau diese Mitwirkung der Deutschen in der DDR wieder möglich. Noch bevor es also konkret um die Frage des Beitritts nach Artikel 23 des Grundgesetzes ging, in dessen Rahmen die Wiedervereinigung am 23. August 1990 beschlossen und am 3. Oktober 1990 vollzogen wurde, behob das Volk in der DDR den im Grundgesetz als Mangel bezeichneten Zustand.

Zum Glück haben wir außerdem nicht allein gehandelt. Es gab auch im anderen Teil Deutschlands, es gab in der Welt Menschen, die die Bedeutung und die Tragweite der Ereignisse erkannten und den Freiheitswillen in unserem Lande und in Europa beförderten.

Zwei von ihnen will ich nennen: Das ist zum einen Helmut Kohl, der mit einer beispiellosen, auch persönlichen Anstrengung die Wiedererlangung der Einheit zu seiner eigenen Sache gemacht hat, und es ist George Bush, der vom ersten Augenblick an keinen Zweifel aufkommen ließ, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker ganz selbstverständlich auch für uns Deutsche gilt.

Beifall

Die beiden anderen der vier Großen mussten mühselig überzeugt werden; aber auch das ist gelungen.

Unser Volk, unser Land konnte nun aufhören, um sich selbst und um die offene deutsche Frage zu kreisen; es konnte sich mit Ernst und Hingabe dem anderen großen Ziel widmen, nämlich – wiederum Zitat – „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Wir können und müssen nun umso mehr Motor der Einheit Europas und Garant des Friedens in der Welt sein, weil wir die eigene Einheit friedlich und in Gemeinschaft mit unseren Nachbarn gefunden haben und sie eben auch diesen verdanken. Vor allem aber müssen wir diese Arbeit in wirklicher Weise als einen sinnstiftenden Dienst unseres Landes begreifen. Damit verwirklichen wir etwas nach außen, was im Inneren den entscheidenden Gehalt der Demokratie ausmacht.

Demokratie ist nämlich viel weniger eine bloße Staatsform als ein wirklicher Dienst aller an der Gemeinschaft und für das Gemeinwohl. Demokratie verlangt also mehr als jede andere Herrschaftsweise Aktivität und Mitwirkung aller.

Ähnliches gilt für die soziale Marktwirtschaft, die mehr ist als eine bloße Wirtschaftsordnung. Sie verlangt und fördert das Verantwortungsgefühl der Bürger. Sie stellt den Gemeinnutz vor den Eigennutz und ruft das Eigentum in den Dienst der Gemeinschaft, ohne die es eben auch nicht zu garantieren ist, wie wir gerade in den vergangenen Monaten eindrucksvoll erleben konnten. In einer gewissen Weise könnte man sogar sagen: Es kommt darauf an, in unserem Land und in Europa Teilung durch Teilnahme zu überwinden. Teilnahme bedeutet dabei nicht zuerst, dass jeder etwas bekommt, sondern dass alle etwas zum Gelingen beitragen können und mitwirken sollen. Ich beobachte mit wachsender Sorge eine zunehmende Geringschätzung ebendieser Rechte, die doch nicht weniger sind als das Fundament unserer Freiheit. Demokratie gewinnt ihre Authentizität und ihre Kraft allein in der Haltung der Bürgerinnen und Bürger. Im Umbruch der Jahre 1989/90 sind die Menschen in der DDR sichtbar und stolz zu Bürgern geworden. Sie konnten daher Eigenschaften entfalten, die sie bis dahin nicht zeigen durften.

Nicht erst im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2006 wurde das erste Mal ein Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen sichtbar, sondern bereits auf den Montagsdemonstrationen und den großen Wahlkundgebungen 1989/90. Auch hier schon zeigte sich ein friedliches, ein zuversichtliches und ein trotz aller Unsicherheiten fröhliches Volk.

Dieser Bürgersinn ist es, der uns Gemeinschaft mit anderen Völkern finden lässt. Wir leben in der Gemeinschaft der Völker, die die Rechte ihrer Bürger garantieren, Frieden und Wohlstand suchen und in Freiheit leben wollen. Der Kontinent, auf dem wir leben, wird nach meiner Überzeugung dann eine gute Zukunft haben, wenn er in diesen Werten, der Gerechtigkeit, der Demokratie, dem Frieden und der Freiheit, die Mitte sucht und die Einheit, die nach dem Zweiten Weltkrieg verloren gegangen waren. Unsere Welt war in Ost und West zerfallen; aber sie hatte keine Mitte mehr. Diese Mitte mussten wir wiederfinden. Wir werden dann eine gute Zukunft haben, wenn wir in jedem Augenblick begreifen: Die Geschichte ist nicht einfach ein rätselhaftes Schicksal, das die Völker heimsucht. Geschichte ist vor allem auch ganz schlicht das, was Menschen tun. Dabei bin ich sicher, dass man auf Menschen am wenigsten durch die Forderungen wirkt, die man aneinander stellt, sondern vielmehr durch das Beispiel, das man einander gibt.

Die Haltung eines freiheitsliebenden demokratischen Bürgers kann niemand einfordern, die muss vorgelebt werden. Diese Aufgabe stellt sich nicht nur den Regierenden, sondern auch den Regierten. Darum kann ich Ihnen am Ende meiner kurzen Rede auch nur sagen: Ich werde, solange ich lebe, zu jeder freien Wahl gehen,

Beifall

und ich werde mich dabei stets an das erste Mal erinnern: an den 18. März 1990, die Wahl zur ersten freien Volkskammer, der ich die Ehre hatte anzugehören und der ich gerne gedient habe.

Meine Damen und Herren, 20 Jahre später sind wir häufig noch auf der Suche nach der Definition des Begriffs der Nation. Da hilft uns vielleicht ein großer Franzose weiter, Ernest Renan, der einmal gesagt hat: Nation heißt, eine gemeinsame Geschichte zu haben; aber wichtiger noch, der Wille, eine gemeinsame Zukunft haben zu wollen. Ich bin überzeugt davon, dass dieser Wille, eine gemeinsame Zukunft zu haben, in den letzten 20 Jahren spürbar gewachsen ist.

Danke.

Anhaltender Beifall – die Anwesenden erheben sich – Nationalhymne

